

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 21. Oktober 2021 betreffend Maßnahmen zum Abbau der geschlechterspezifischen Einkommensschere

Die burgenländische Landesregierung unternimmt seit Jahrzehnten zahlreiche Maßnahmen um die Lebenssituation von Frauen zu verbessern. Die Gleichstellung von Mann und Frau muss das Ziel in allen Bereichen unserer Gesellschaft sein.

Die geschlechterspezifische Einkommensschere hat sich im Burgenland bei den ganzjährig Vollzeit arbeitenden Frauen in den letzten Jahren ständig verkleinert. Die Frauenbeschäftigung im Burgenland konnte in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesteigert werden. Im Jahr 2020 gab es durchschnittlich mehr als 49.700 Frauen in unselbstständiger Beschäftigung. Darüber hinaus geht das Land Burgenland auch bei Frauen in Führungspositionen mit gutem Beispiel voran. Aktuell sind 42,7% aller Führungspositionen in der Landesverwaltung (vom Landesamtsdirektor bis hinunter zu den ReferatsleiterInnen) weiblich besetzt, auf Ebene der AbteilungsvorständInnen liegt der Anteil von Frauen bei 50%, bei den GruppenvorständInnen sogar bei 60%.

Die Erhebung der Situation der burgenländischen Frauen im Frauenbericht und umfangreiche Initiativen zur Bewusstseinsbildung leisten in diesem Bereich einen wichtigen Beitrag. Der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung, der Gratiskindergarten sowie längere Öffnungszeiten ermöglichen die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus hat die Burgenländische Landesregierung mit der Verlängerung der Aktion „Chance 50 plus“, bei der sich neue Chancen für langzeitarbeitslose Frauen am Arbeitsmarkt ergeben, aber auch mit der „Arbeitsstiftung Burgenland“ wichtige Projekte ins Leben gerufen um besonders Frauen nach der Krise wieder verstärkt in Beschäftigung zu bringen. Des Weiteren profitieren insbesondere Frauen überproportional von der Einführung des Mindestlohns von € 1.700,- netto im Burgenland in landes- und landesnahen Betrieben. Darüber hinaus sollen bei zu besetzenden Aufsichtsratsmandaten Frauen bei gleicher Qualifikation besonders berücksichtigt werden. Damit soll Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben ermöglicht werden aber auch jetzt schon ein wichtiger Schritt zur Beseitigung von Altersarmut von Frauen gesetzt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die genannten Initiativen im Wirkungsbereich des Landes weiterzuführen;
- weitere Strategien zu entwickeln, die zum Abbau der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Segregation am burgenländischen Arbeitsmarkt beitragen sowie
- an die Bundesregierung heranzutreten, weiterhin Maßnahmen zur Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen in der Privatwirtschaft zu setzen.